

Positionspapier der CDU Tönisvorst

Sicher leben in Nordrhein-Westfalen — ***Innere Sicherheit fördern***



Sicher leben in Nordrhein-Westfalen – Innere Sicherheit fördern

Für ein friedliches Miteinander und ein stabiles Gemeinwesen ist es von erheblicher Bedeutung, dass die empfundene und die reale Sicherheit in unserem Land gestärkt sind und dieses auf einem handlungsfähigen und modernen Rechtsstaat fußt.

Dabei gilt der Grundsatz, dass Freiheit ohne die notwendige Innere Sicherheit kaum möglich erscheint, eine starke Innere Sicherheit ohne Freiheit aber auch das Ende unserer offenen Gesellschaft bedeutet. Somit muss ein Weg beschritten werden, der es uns ermöglicht, auf die neuen Herausforderungen durch einen starken Rechtsstaat zu reagieren, ohne uns die freiheitlichen Errungenschaften zu nehmen. Dass es beim Thema Sicherheit in Nordrhein Westfalen einiges zu optimieren gibt, belegen die Zahlen der letzten Jahre und Ereignisse wie beispielsweise während der Silvesternacht in Köln, welche das Sicherheitsempfinden in unserm Land erheblich geschwächt haben.

Als CDU Tönisvorst ist es uns wichtig, Probleme anzusprechen und klare Lösungen aufzuzeigen. Mit der anstehenden Ausformulierung des Wahlprogramms für die Landtagswahl 2017 sehen wir die Chance, Ideen und Anregungen für das ganze Land mit zu entwickeln und so auch als kleinere Kommune einen Beitrag für ein sicheres Nordrhein-Westfalen zu leisten. Auch zukünftig soll die CDU für eine klare und starke Sicherheitspolitik in unserem Land stehen.

Im Jahr 2015 wurden über 1,5 Millionen Straftaten in Nordrhein-Westfalen registriert und erreichten somit einen traurigen Spitzenwert im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren. Damit verbunden liegt die Aufklärungsquote gerade einmal bei knapp 50%. Damit ist Nordrhein-Westfalen das einzige deutsche Flächenland, bei dem weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt wird.

Allein im Vergleich mit Bayern und Baden-Württemberg zusammen liegt NRW immer noch mit 100.000 Straftaten über den Wert dieser beiden Bundesländer, obwohl dort 5,7 Millionen Menschen mehr leben als hierzulande. Auch im konkreten Städteranking, bei dem die Kriminalitätsentwicklung in Großstädten ab 200.000 Einwohner verglichen wird, schneiden die nordrhein-westfälischen Großstädte deutlich schlechter ab.

Als CDU Tönisvorst fordern wir:

- ***eine moderne und leistungsfähige Polizei, die sowohl personell als auch materiell angemessen ausgestattet ist;***
- ***eine stärkere Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten;***
- ***angemessene Mittel und Strategien, um dem organisierten Verbrechen aber auch dem internationalen Terror zu begegnen;***
- ***ausreichenden Schutz unserer Polizisten, aber auch unserer Rettungskräfte vor tätlichen Übergriffen.***

Leistungsfähige Polizei

Die Polizei muss vor Ort noch stärker sichtbar sein. Dies erfordert nicht nur eine stärkere personelle Ausstattung der Polizei, sondern auch eine ausgewogenere Verteilung. Derzeit leidet der ländliche Raum unter einer fehlenden Präsenz der Polizei, da es eine starke Konzentrierung der Polizeikräfte auf den eher städtischen Raum gibt. So ist die Zahl der Planstellen seit dem Jahr 2009 im Kreis Viersen von 452 Stellen auf nunmehr 423 Stellen abgesenkt worden. Eine Benachteiligung des ländlichen Raums zeigt sich auch in der Zuteilung der Planstellen je 1.000 Einwohner. So sank die Stellenzahl im Kreis Viersen auf 1,4 während im Vergleich der Wert in den größeren Städten mit 2,4 in Krefeld oder 4,3 in Düsseldorf deutlich höher liegt.

Es gilt auch die Polizei stärker zu entlasten. Angesichts der umfangreichen Dokumentationen und der so genannten „Schreibtischarbeit“ ist zu prüfen, ob diese Arbeiten nicht durch eine neue im Innendienst verortete Polizeiassistenten übernommen werden können. Hierdurch sollte es möglich sein, unsere gut ausgebildeten Polizeikräfte von diesen Arbeiten zu entlasten, umso mehr Freiraum für eine noch stärkere Präsenz vor Ort zu schaffen. Dies gilt im Übrigen auch für viele Aufgaben, die nicht zwangsläufig von studierten Polizeibeamten durchgeführt werden müssen. Als ein Beispiel sei hier der Objektschutz genannt.

Um genügend qualifizierte Personen für den Polizeidienst zu finden, gilt es die **Polizeiausbildung neu auszurichten**. In Nordrhein-Westfalen gibt es keine spezielle Ausbildung für die Kriminalpolizei, somit leidet die Kripo erheblich unter fehlenden Stellenzuwachs. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Zugangsmöglichkeiten für die Polizeiausbildung für Bewerber mit mittleren Bildungsabschlüssen verschlossen sind.

Daher fordert die CDU Tönisvorst:

- **sichtbare Präsenz der Polizei vor Ort erhöhen;**
- **Einführung des Polizeiassistenten als neues Berufsbild;**
- **einerseits die Zugangsmöglichkeit für den Polizeidienst auch für Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen zu ermöglichen;**
- **andererseits soll nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine Einführung einer Schwerpunktsetzung nach „Schutzpolizei“ und „Kriminalpolizei“ erfolgen;**
- **daraus ergibt sich auch die Möglichkeit, den Anteil der Kriminalpolizei am Gesamtpersonalbestand der Polizei zu erhöhen.**

Stärkere Bekämpfung und Vorbeugung von Straftaten

Allein mit 62.362 Wohnungseinbrüchen im Jahr 2015 stellt dies den derzeit höchsten Einbruchanteil in der Geschichte unseres Landes dar. Alle Wohnungseinbrüche aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammen (62.082) kommen annähernd auf diesen Wert.

Im Kreis Viersen stiegen die Wohnungseinbrüche um 43 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Das sind im Schnitt 2,5 Einbrüche pro Tag. Von diesen über 900 Einbrüchen werden gerade einmal 15,1 Prozent aufgeklärt. Damit wird nur eine von sieben Taten

aufgedeckt. Gerade diese Taten sorgen für ein erhebliches Unsicherheitsgefühl in der Gesellschaft. Die Täter dringen in die unmittelbare Privatsphäre ein, ein Raum, den wir als besonders geschützt empfinden. Entwendet werden nicht nur materiell wertvolle Stücke, oftmals befinden sich auch jene Andenken darunter, die über Generationen vererbt werden oder Andenken, die unbezahlbare Erinnerungen mit diesem Gegenstand verknüpfen. Die Schäden, die durch einen solchen Einbruch entstehen, gehen erheblich über den finanziellen und materiellen Verlust hinaus. Der Raubmord in Tönisvorst im Oktober 2014, bei dem ein 81 Jähriger zu Tode gekommen ist, zeigt dass diese Kriminellen auch zunehmend vor Gewalt nicht Halt machen. Dass Nordrhein-Westfalen gerade in diesem Bereich einen solchen Spitzenplatz einnimmt, ist nicht zu akzeptieren.

Von 100 Wohnungseinbrüchen führen weniger als zwei auch zu einer Haftstrafe. Dies unterstreicht das Gefühl von Ohnmacht des Einzelnen wie auch des Rechtsstaates. Hinzu kommt der Umstand, dass es sich bei den Tätergruppen, die professionelle Wohnungseinbrüche begehen, zunehmend um nichtdeutsche, teils gut organisierte Trupps handelt, die einen sehr breiten Aktionsradius haben können. Hier darf es keine Ermittlungsgrenzen bei der Strafverfolgung geben. Wir brauchen verstärkt ***Ermittlungskommissionen für die Einbruchskriminalität.***

Zukünftig gilt es, durch den Einsatz von moderner Technik vorbeugend tätig zu werden. Bereits seit vielen Jahren gibt es Softwarelösungen, die es ermöglichen, z.B. die Einbruchswahrscheinlichkeit für bestimmte Regionen oder Straßenzüge zu ermitteln. In der Schweiz wird „**Predictive Policing**“ bereits erfolgreich eingesetzt und auch Bayern testet diese Möglichkeit im Dauerbetrieb. Ziel soll es sein, durch gezielten Einsatz und Präsenz von Polizeikräften, mögliche Straftaten schon im Ansatz zu verhindern.

Die CDU Tönisvorst fordert:

- ***den verstärkten Einsatz von Ermittlungskommissionen für die Einbruchskriminalität;***
- ***landesweiter Einsatz von Programmen zur vorhersagenden Polizeiarbeit oder „Predictive Policing“.***

Dem organisierten Verbrechen und internationalen Terror begegnen

Es ist zu verzeichnen, dass nicht allein im Bereich der Einbruchskriminalität die nichtdeutsche Tätergruppe zunimmt. In vielen Großstädten entsteht zunehmend der Eindruck von so genannten rechtsfreien Räumen oder „No-Go-Areas“, die von international geprägten Familienclans beherrscht werden. Das Vorhandensein solcher Räume wird zwar von der Landesregierung bestritten, doch die Praxis und die Experten zeigen, dass es in einigen noch recht lokalen Gebieten bereits Realität ist. Vor Ort müssen diese rechtsfreien Räume durch ***offensive Präsenz von Sicherheitskräften*** wieder zurückgewonnen werden. Es gilt durch ***Schwerpunkteinsätze und Razzien*** die illegalen Aktivitäten dauerhaft zu stören und den Bürgerinnen und Bürgern wieder ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Auch hier muss bereits bei niedrigschwelligen Ordnungswidrigkeiten der Tatbestand durch den Rechtsstaat verfolgt werden, um so früh wie möglich Folgeaktionen zu unterbinden.

Als Gemeinde im Kreis Viersen erleben wir die Situation von grenznahen Übergriffen sehr häufig. Nicht nur, dass viele Geldautomatensprenger die Nähe zu den Niederlanden nutzen, sondern auch der Rauschgiftmarkt wird nicht zu unwesentlichen Teilen aus diesem Gebiet versorgt. So sind rund 7% aller organisierten Rauschgiftkriminellen, die in NRW gefasst werden, niederländische Staatsbürger. Gleiches gilt für die hohe Einfuhrmenge an Ecstasy, welche ebenfalls aus den Niederlanden stammt. Hinzu kommt der Umstand, dass kriminelle Einbrechergruppen die in ganz NRW aktiv sind, sich auch schnell nach Belgien oder in die Niederlande zurückziehen. Hier muss eine reibungslose und grenzüberschreitende Ermittlung möglich sein. Eine **grenznahe Kooperation** ist nicht nur für den Kreis Viersen zu fordern. Gleiches gilt auch für deutsche Staatsbürger, die in den Niederlanden Straftaten begehen. Eine weiterreichende Vernetzung innerhalb von Europa ist bei der Strafverfolgung weiter auszubauen.

Internationale Bedrohung macht auch vor Nordrhein-Westfalen nicht halt. Spuren der Anschläge von Paris und Brüssel führen auch nach Nordrhein-Westfalen. Das Netzwerk gerade des islamistischen Terrors hat viele Bezugspunkte in unserem Bundesland. Wir sind mittlerweile in Deutschland die Salafistenhochburg Nr. 1. Gut 600 Personen werden vom Verfassungsschutz als gewaltorientiert eingestuft und 40 salafistische Zellen wurden bereits identifiziert. Dass auch ländliche Regionen und hier Tönisvorst schnell in den Fokus der Öffentlichkeit und des internationalen Terrors geraten können, zeigt der Einsatz am 10. August 2016, bei dem die Bundesanwaltschaft gegen mutmaßliche Unterstützer des Terrornetzwerks IS auch in St. Tönis aktiv ist.

Diesen gut vernetzten und international agierenden Bedrohungen muss sich auch unser Land stellen. Wir müssen den **nationalen und internationalen Datenaustausch weiter ausbauen**, um grenzüberschreitende Erkenntnisse und Ermittlungserfahrungen für unsere Partner zugänglich zu machen. Unsere Polizei und im besonderen unsere **Spezialeinsatzkommandos müssen auf einen modernen und technisch hochwertigen Ausrüstungsstand gebracht werden**.

Auch aus diesen Gründen muss die verdachtsunabhängige Personen- und Fahrzeugkontrolle oftmals auch als „**Schleierfahndung**“ bezeichnet, wieder eingeführt werden. Dieses Instrument ermöglicht es bislang 13 Bundesländern gezielt gegen Bedrohungen und Kriminalität vorzugehen. Die Verweigerungshaltung der Landesregierung ist nicht zu verstehen und demnach sind entsprechende rechtliche Grundlagen zu schaffen, um dieses wertvolle Instrument wieder einzuführen.

Die CDU Tönisvorst fordert:

- **offensive Präsenz von Sicherheitskräften in rechtsfreien Räumen;**
- **verstärkte Schwerpunkteinsätze und Razzien gegenüber dem organisierten Verbrechen;**
- **Ausbau der nationalen und internationalen Behördenzusammenarbeit;**
- **Verbesserung der Ausrüstung von Polizei und SEK;**
- **Wiedereinführung der Schleierfahndung.**

Ausreichender Schutz unserer Polizisten und Rettungskräfte gewährleisten

Die Anzahl der Tötlichkeiten gegenüber den Polizisten, die wiederum für uns Bürgerinnen und Bürger da sind, um unsere Sicherheit zu gewährleisten, steigt erneut auf einen Spitzenwert. Im Jahr 2015 wurden gut 14.000 Polizeivollzugsbeamte beleidigt, bedroht oder körperlich angegriffen, davon allein 497 schwer verletzt. Im Vergleich zu 2011 ist das eine Zunahme von fast 41%. Alle 90 Minuten wird ein Polizist im Dienst angegriffen. Die Anzahl der Übergriffe hat leider auch gegenüber Feuerwehrleuten und anderen Rettungskräften zugenommen. Im Vergleich zum Jahr 2011 liegt der Anstieg bei Feuerwehrleuten bei 67 Prozent. Zunehmend entsteht der Eindruck im direkten Gespräch mit den Beamten, dass die Bereitschaft solche Tötlichkeiten anzuzeigen, immer weiter abnimmt, da es in vielen Fällen zu keinen Konsequenzen bei den Tätern kommt. Dieses muss sich ändern.

Für unsere Sicherheitskräfte müssen wir die Ausrüstung verbessern, daher spricht sich die CDU Tönisvorst für den **Einsatz von Schulterkameras**, so genannten „Body-Cams“ aus. Ferner ist der **Einsatz von Elektroschockern** wie „Taser“ zu **erproben**. Nach Angaben der Polizeigewerkschaft zeigt sich in anderen Ländern, dass bei der Androhung des Einsatzes von Elektroschockern die Hälfte der Täter aufgibt.

Der erweiterte Einsatz der **Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen** kann ebenfalls eine zunächst abschreckende Wirkung auf Tätergruppen haben. Doch zumindest bei der Strafverfolgung kann die Auswertung solcher Aufnahmen, wertvolle Hinweise zur Ergreifung und Rekonstruktion von Täter und Tathergang liefern.

Kommt es zu Angriffen gegen Rettungskräfte und Polizei, muss der strafrechtliche Schutz verbessert werden. Angriffe sollen zukünftig mit einer **Mindeststrafe von sechs Monaten** geahndet werden. Der zu schützende Personenkreis soll neben den Polizeibeamten ausdrücklich auch auf Einsatzkräfte von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten ausgeweitet werden.

Wenn es zu Verurteilungen kommt, bei dem z.B. ein Schmerzensgeld an Polizisten bezahlt werden soll, kommt es nicht selten dazu, dass der Täter nicht in der Lage ist, dieses zu entrichten. In anderen Ländern springt hierfür der Staat ein. Wir brauchen eine **Erfüllungsübernahme des Landes bei Schmerzensgeldansprüchen**.

Die CDU Tönisvorst fordert:

- **die Ausrüstung der Polizei zum verbesserten Eigenschutz verbessern; z.B.**
 - **durch den Einsatz von Body-Cams und der Erprobung von Elektroschockern.**
- **eine verstärkte Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen und Räumen;**
- **Mindeststrafmaß bei Angriffen gegen Polizei und Rettungskräften von 6 Monaten;**
- **Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch das Land.**

Handwritten signature of Günter Körschgen in black ink.

Günter Körschgen
Vorsitzender CDU-Stadtverband Tönisvorst

Handwritten signature of Dr. Dirk Löwy in black ink.

Dr. Dirk Löwy
Stellv. Vorsitzender CDU-Stadtverband Tönisvorst